

Medienspiegel Woche 13 / 2016



Abstimmungen / HarmoS / Sammelfächer / Fremdsprachen / Starke Schule Baselland

Telebasel, 26.3.16

Bildungsreformen stoppen?

1

Fremdsprachen / Bund / Thurgau / Ambühl Hans / Berset Alain / EDK / Knill Monika

NZZaS, 27. März 2016

Sprachenstreit: Jetzt greift Berset ein

3

Integration / Inklusion / Heilpädagogik / Sonderschulung / Sparen

Schule Schweiz, 27. März 2016

Leserbriefe auf die Artikel in der NZZaS vom 20.3.2016 zur Integration

4

Frühfremdsprachen / Schwyz / Zentralschweizer Bildungsdirektoren-Konferenz BKZ / Nationalfonds-Studie

Medienmitteilung, 29. März 2016

Frühfremdsprachen-Zwang missachtet die Realität

5

Basel / Baselland / Fremdsprachen / Freiburger Studie / Pfenninger Simone / Le Pape Christine

BaZ, 29. März 2016

Ein Flop, den niemand sofort stoppen will

6

Appenzell Innerrhoden / Initiativen / Inauen Roland / Bannwart Paul / Rückzug

Zeit-Fragen, 29. März 2016

Appenzell Innerrhoden führt radikale Schulreformen nicht ein

8

Nachhilfeunterricht / Übertritt / Gymnasium

20 Minuten, 30. März 2016

Auch gute Schüler müssen schon in die Nachhilfe

10

Oberuzwil / Schulpräsidium / Volkswahl

Infowilplus, 30.03.2016

Bürger behalten das Heft in der Hand

11

Frühfremdsprachen / Studie des Instituts für Mehrsprachigkeit (IfM)

Basler Zeitung, 30.03.2016

Erziehungsdirektoren rennen ins Fiasko

12

Bannwart Paul / Inauen Roland / Lernlandschaften / altersdurchmisches Lernen / Basisstufe

Tagblatt, 31. März 2016

SVP verzichtet auf Empfehlung

13

Appenzeller Volksfreund, 31.3.2016

Auszug aus dem Bericht über die Landsgemeindeversammlung der SVP AI

13

Thurgau / Frühfranzösisch / Berset Alain / Eymann Christoph / Zwang / Sprachenkompromiss

Tages-Anzeiger, 31.03.2016

Sprachenstreit provoziert Bundesrat

14

Frühfranzösisch / Alain Berset / Sprachenstreit / Thurgau / EDK / Bildungshoheit

NZZ, 1.4.2016

Streit um Frühfranzösisch geht in die nächste Runde

16

Frühfranzösisch / Alain Berset / Sprachengesetz

BZ, 1.04.2016

Bitte jetzt keine Debatte zum nationalen Zusammenhalt

17

Telebasel, 26.3.16

Bildungsreformen stoppen?

[Jennifer Weber](#) [Christian Hilzinger](#)

Von den Schulreformen in der Schweiz ist auch der Kanton Baselland betroffen. Die Baselbieter Regierung will zwar die meisten Änderungen nachvollziehen, doch insbesondere das «Komitee Starke Schule Baselland» bekämpft seit Jahren Reformbestrebungen, die es für nachteilig hält. Das Baselbieter Stimmvolk entscheidet am 5. Juni über weitere Weichenstellungen in Schulfragen.

Was soll an Schulen gelehrt werden? Punkte Bildung stehen im Kanton Baselland wesentliche Veränderungen an. Stichworte sind [HarmoS](#), [Lehrplan 21](#), grössere Schulklassen. Doch die Gegner haben sich schon länger formiert. Insbesondere das Komitee «[Starke Schule Baselland](#)» kämpft für das bestehende Schulsystem und lehnt viele Änderungen ab.

Abstimmungen vom 5. Juni

Schon am 5. Juni 2016 legt das Baselbieter Stimmvolk entscheidende Weichen, wenn drei Initiativen zur Abstimmung kommen.

Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer

Der Landrat [Jürg Wiedemann](#) (Grüne Unabhängige) will mit dieser parlamentarischen Initiative verhindern, dass einige Schulfächer zusammengefasst werden. Die Bildungsdirektion will aus den drei Einzelfächern Physik, Biologie und Chemie das Sammelfach «Natur und Technik» kreieren. Aus den beiden Fächern Geografie und Geschichte wird das Sammelfach «Räume, Zeiten, Gesellschaften», und die Fächer Arbeit, Haushalt und Hauswirtschaft werden im Fach «Wirtschaft» zusammengefasst. Würde diese Initiative gutgeheissen bliebe im Baselbiet alles beim Alten, oder zumindest fast. Einzig in der 8. Und 9. Klasse würde das bestehende Sammelfach «Biologie und Chemie» auf zwei Einzelfächer aufgeteilt. Allerdings hätte der Kanton Baselland dann ein anderes System als Basel-Stadt, das Sammelfächer eingeführt hat.

Einführung Lehrplan 21

Wiederum hat der Landrat Jürg Wiedemann (Grüne Unabhängige) diese parlamentarische Initiative gestartet. Die Initiative verlangt, dass nicht mehr der Bildungsrat (bestehend aus 13 Politikern) über den Lehrplan 21 befindet sondern einzig der Landrat (90 Personen). Davon erhofft sich Wiedemann, dass ein politisch breiter abgestütztes Gremium über die Ausgaben befinden kann anstatt ein Gremium, das politisch nicht für Geldausgaben verantwortlich ist.

Initiative für die schulisch Schwächeren

Das Komitee «Starke Schule Baselland» reichte eine unformulierte Initiative 2011 ein, weil der damalige Bildungsdirektor [Urs Wüthrich](#) (SP) die «[Kaufmännische Vorbereitungsschule](#)» (KVS) abschaffen wollte. Das Komitee jedoch hält an diesem einjährigen Brückenangebot fest, das für Schulabgänger gedacht ist, die noch keine Lehrstelle gefunden haben. Statistisch fänden 96 Prozent der Abgänger der KVS eine Lehrstelle, so das Komitee. Der Landrat liess die Initiative ausformulieren, und so entscheidet das Baselbieter Stimmvolk am 5. Juni über den Gesetzesvorschlag, damit ein Brückenangebot auch für KV-Schüler weiterhin bleibt. Allerdings konnte die Bildungsdirektorin [Monica Gschwind](#) im Landrat nicht garantieren, dass es selbst bei einem Ja zur Initiative weiterhin zwei Standorte der kaufmännischen Vorbereitungsschulen KVS geben wird. Heute sind sie in Reinach und Liestal.

Nur eine Fremdsprache an Primarschule

Vergangene Woche reichte das Komitee «Starke Schule Baselland» zwei weitere Initiativen ein. Sie sollen aus dem Passepartout-System aussteigen, das zwei Fremdsprachen an den Primarschulen vorschreibt. Sechs Kantone haben sich diesem Passepartout angeschlossen (BE, BL, BS, FR, SO und VS). Würde diese Initiative angenommen, würde der Kanton Basellandschaft aus diesem gemeinsamen Projekt aussteigen und selbstständig entscheiden, wieviele Fremdsprachen unterrichtet werden sollen.

Eine zweite Initiative zielt in die ähnliche Richtung. Auf der Primarstufe soll nur eine Fremdsprache (Französisch) unterrichtet werden. Heute lernen Primarschüler ab der 3. Klasse Französisch und ab der 5. Klasse auch Englisch. Würde diese Initiative angenommen, würde die zweite Fremdsprache erst ab der 7. Klasse – respektive auf der Sekundarstufe – verlangt, so wie es bis 2014 im Baselbiet der Fall war.

Das Komitee «Starke Schule Baselland» hat Unterschriften für weitere Bildungs-Initiativen schon beisammen, aber noch nicht eingereicht. Insbesondere soll der Kanton Baselland aus dem Konkordat HarmoS aussteigen, das ursprünglich die Schulsysteme der Kantone vereinheitlichen wollte. Schon heute ist klar, dass mehrere Kantone nicht in diesem Konkordat mitmachen.

Auch Lehrer bekämpfen Reformen

Auch der [Lehrerinnen- und Lehrerverband Baselland](#) (LVB) hat an der Delegierten-Versammlung vom 16. März beschlossen zwei Initiativen zu lancieren. Mit der einen Initiative will der LVB verhindern, dass der Kanton an der Volksschule sparen kann, und verlangt, dass genügend Geld für Schulhausbauten und deren Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Mit der zweiten will er erschweren, dass die Klassengrösse oder Pflichtstundenzahl für Lehrer erhöht werden kann. Nur der Landrat könnte solche Änderungen beschliessen und bräuchte dafür eine Zweidrittel-Mehrheit. Dies bedeutet, dass in vielen Fällen das Baselbieter Stimmvolk letztlich darüber entscheiden müsste, respektive könnte.

- 1/3 Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer: Der Landrat Jürg Wiedemann (Grüne Unabhängige) will mit dieser parlamentarischen Initiative verhindern, dass einige Schulfächer zusammengefasst werden.
- 2/3 Einführung Lehrplan 21: Die Initiative verlangt, dass nicht mehr der Bildungsrat (bestehend aus 13 Politikern) über den Lehrplan 21 befindet sondern einzig der Landrat (90 Personen).
- 3/3 Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere: Das Komitee «Starke Schule Baselland» reichte diese Initiative ein. Das Angebot der «Kaufmännischen Vorbereitungsschule» (KVS), das für Schulabgänger gedacht ist, die noch keine Lehrstelle gefunden haben, soll bestehen bleiben.

<https://telebasel.ch/2016/03/26/bildungsreformen-stoppen/?channel=8421>

NZZaS, 27. März 2016

Sprachenstreit: Jetzt greift Berset ein

Die Frühfranzösisch-Pflicht wird konkret. Innenminister Alain Berset lässt das Sprachengesetz anpassen. Im Herbst liegt der Entwurf vor.

René Donzé

In mehreren Kantonen gibt es Initiativen und Vorstösse gegen zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe – meist wollen sie das Frühfranzösisch abschaffen. Am weitesten ist der Kanton Thurgau, wo das Parlament bereits in diesem Sinn entschieden hat. Kommenden Freitag wird die Thurgauer Bildungsdirektorin Monika Knill (svp.) den neuen Thurgauer Lehrplan in die Vernehmlassung geben – ohne Französisch in der Primarschule, aber mit einem starken Ausbau des Französisch auf der Sekundarstufe. Im Herbst wird die Regierung den Lehrplan verabschieden. In einem Punkt werde auch nach der Vernehmlassung nichts mehr geändert, sagt Knill: «Auf die Fremdsprachenfrage werden wir nicht mehr zurückkommen.»

Das ist dann allerdings der Moment, in dem der zuständige Bundesrat Alain Berset (sp.) rasch eingreifen will. Er lässt jetzt schon eine Änderung des nationalen Sprachengesetzes vorbereiten, um die Kantone zu verpflichten, in der Primarschule zwingend eine zweite Landessprache zu unterrichten – in der Deutschschweiz also Französisch oder Italienisch. «Die Vorarbeiten für eine Anpassung des Sprachengesetzes laufen», sagt David Vitali, zuständiger Sektionsleiter im Bundesamt für Kultur.

Das erstaunt: Erst im Herbst schrieb der Bundesrat auf eine Interpellation von Ständerat Christian Levrat (sp.): «Falls die Kantonsregierung des Kantons Thurgau die entsprechende Änderung des Lehrplans beschliessen sollte, würde der Bundesrat die Verwaltung beauftragen, eine Gesetzesänderung vorzubereiten und die Vernehmlassung zu eröffnen.» Nun aber wird er jetzt schon aktiv, lange bevor der formelle Beschluss im Thurgau da ist.

Vor wenigen Tagen hat Bundesrat Berset der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) einen Brief geschickt. Er will von der EDK wissen, ob sie die rechtlichen Einschätzungen des Bundesamtes für Kultur teile, wie sie in einem Bericht vom Februar 2015 stünden. Unter anderem geht es um die Frage, ob der Bund die Harmonisierung der Sprachenfrage schon für die Primarschule vorschreiben dürfe oder ob die Pflicht zur Harmonisierung nur für das Ende der obligatorischen Schulzeit gelte, wie Frühfranzösisch-Gegner sagen. Für EDK-Generalsekretär Hans Ambühl ist klar: «Wir teilen die rechtliche Einschätzung des Bundes.»

Offensichtlich geht es Bersets Departement darum, im Herbst eine fertige Vorlage zur Hand zu haben. «Wir wollen bereit sein für den Fall, dass der Bundesrat zum Schluss kommt, der Moment zum Handeln sei gekommen», sagt Vitali. «In diesem Fall geht es darum, einen Gesetzesvorschlag bereitzuhalten, der dann in eine förmliche Vernehmlassung gegeben werden kann.» Monika Knill warnt vor einer solchen Einmischung: Ein Ausscheren des Thurgaus müsse «in der föderalistischen Toleranz liegen», sagt sie. Ein Einschreiten des Bundes wäre nicht gerechtfertigt. «Das wird zu heftigen Reaktionen in den Kantonen führen und schadet dem nationalen Zusammenhalt.»

<http://webpaper.nzz.ch/2016/03/27/schweiz/O3QO2/gottesdienste-am-sonntag-gestrichen>

Schule Schweiz, 27. März 2016

Leserbriefe auf die Artikel in der NZZaS vom 20.3.2016 zur Integration

Mehr Geld ist keine Lösung

René Donzé hat recht: Eine Idee hat Schiffbruch erlitten. Dies vor allem auch, weil das Problem der verhaltensauffälligen und lernschwierigen Kinder, die den Unterricht erschweren oder kaputt machen, bis heute nicht gelöst worden ist. Kinder, die das richtige Mass nicht finden können oder denen nicht gezeigt wurde, wo dieses ist. Zu viele Eltern, aber auch zu viele Lehrerinnen und Lehrer, die ihren Job nicht recht machen wollen oder ihn nicht mehr recht machen können. Und eine Gesellschaft, die mit ihren laufend wachsenden Ansprüchen eine Volksschule geschwächt und überfordert hat, die nur funktioniert, wenn die Gemeinschaft der Klasse funktioniert: Eine explosive Mischung, die man lange mit viel Hilfspersonal und noch mehr Geld zu entschärfen versucht hat. Jedoch ohne Erfolg. Und nun beginnt auch noch das Geld zu fehlen. Je länger wir warten, desto radikaler wird die nötige Kur werden. Die Gesellschaft muss ihre Ansprüche reduzieren, Eltern gehören mehr in die Pflicht genommen, und Lehrer müssen noch dezidierter in ihrem Kernjob, dem Unterricht, gefördert und gefordert werden. Dabei ist die Frage nicht: Geht das überhaupt? Sondern: Wie kriegen wir das alles rechtzeitig hin?

von Markus Stauffenegger

Grösse zeigen für Kehrtwende

Auch in dieser Bildungsbeilage gibt es einzelne Stimmen, welche sich noch nicht von der Illusion einer integrativen Schule verabschiedet haben. Und im Südtirol soll sie angeblich klappen - allerdings mit einem riesigen, geradezu unvernünftigen Aufwand. Fazit der diversen Beiträge ist aber das, was in grosser Schrift am Anfang steht: «Schiffbruch einer schönen Idee». Niemand gibt natürlich gerne zu, dass etwas Falsches gemacht wurde. Man sollte aber dennoch die Grösse haben, dies einzugestehen. Die leider aufgehobenen Sonder- beziehungsweise Kleinklassen waren eindeutig besser als das heutige System. Im Interesse vieler Kinder und Lehrpersonen ist eine Kehrtwende unumgänglich, wobei durchaus den Gemeinden ein gewisser Spielraum und ein schrittweises Vorgehen zugestanden werden sollte.

von Hans-Peter Köhli

Hartnäckige Ideologen

Das Leben spielt sich im Spannungsfeld zwischen integrativen und separativen Daseinsformen ab. Das sollte auch in der Schule gelten. Kinder mit geistiger Behinderung, schweren Lern- und Verhaltensstörungen brauchen über eine gewisse Zeit kontinuierlich eine auf sie zugeschnittene heilpädagogische Förderung in vorübergehender Separation, damit sie später ihren Möglichkeiten entsprechend echt und nicht nur scheinbar integriert werden können. Die Verfechter einer totalen Integration müssen daher mit ihrer einseitigen Ideologie zwangsläufig Schiffbruch erleiden. Aber sie bleiben hartnäckig und unbelehrbar. Ihr Rezept heisst: Wenn eine Massnahme nichts taugt, dann braucht es mehr derselben (nach Paul Watzlawick das erfolgreichste und wirkungsvollste Katastrophenrezept). Nur so ist zu erklären, weshalb auf die Integration nun die noch rigorosere Inklusion folgt.

von Peter Schmid

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/>

Medienmitteilung, 29. März 2016

Frühfremdsprachen-Zwang missachtet die Realität

Das Schwyzer Initiativkomitee zur Änderung des Volksschulgesetzes / gegen den Lehrplan 21 verlangt eine Aussprache mit der Zentralschweizer Bildungsdirektoren-Konferenz BKZ. Die Missachtung alarmierender Rückmeldungen aus der Schule und negativer Studien-Ergebnisse durch die Bildungspolitik muss aufhören!

Die Konferenz der Zentralschweizer Bildungsdirektoren behauptet, die Frühfremdsprachen-Belastung der Primarschule habe laut einer Nationalfonds-Studie (NFP-56, Haenni Hoti, 2009) keine negativen Auswirkungen auf die Deutsch-Kompetenzen. **Das ist falsch!** Wie Recherchen des Schwyzer Initiativkomitees ergeben, wurde diese Frage gar nicht beantwortet. Es liegt auch keine andere Studie vor, die zu einem solchen Schluss gelangt wäre. Vielmehr ist die kontinuierliche Verschlechterung des allgemeinen Bildungsstandes am Ende der Volksschule längst erwiesen.

Der direkte Zusammenhang mit den stetig sinkenden Kenntnissen in den Hauptfächern Deutsch und Mathematik ist offensichtlich. Die jahrzehntelang beanspruchten Gelder für die gescheiterte Frühfremdsprachen-Strategie waren eine gigantische Fehlinvestition. Die grossen Zusatzbelastungen der Lehrer strapazieren die gesamte Bildungsqualität.

Laut Medienmitteilung vom 18. März 2016 sollen die mit Verzögerung veröffentlichten schlechten Ergebnisse der jüngsten Frühfremdsprachen-Untersuchung aber nicht zum Verzicht auf die unrealistischen Bildungspläne der BKZ führen. Man beauftragt lediglich eine «Arbeitsgruppe», um daran festzuhalten und das Eingeständnis des Scheiterns zu vermeiden.

Wie schon beim Tastaturschreiben-Experiment im Kanton Schwyz scheinen «Arbeitsgruppen» die ultimative Antwort zu sein, um gegen besseres Wissen und trotz gescheiterter 'Versuche am lebendigen Objekt Schüler' die Zwangseinführung durchzusetzen. Nach gleichem Muster sollen nun ein paar handverlesene Personen den Frühfremdsprachen-Zwang durchsetzen.

Dass laut NZZ a.S. vom 27. März 2016 auch Bundesrat Alain Berset die Kantone via Gesetzesänderung verpflichten will, «*in der Primarschule zwingend eine zweite Landessprache zu unterrichten*», basiert offenbar ebenso auf falschen Grundlagen. Es kann sich daraus nur eine weitere Verschärfung des Bildungs-Fiaskos ergeben.

Um solche Verzerrungen auf Kosten unserer Gesellschaft und kommender Generationen zu verhindern, ist ein seriöser und offener Austausch zwischen Behörden, Lehrern und Bevölkerung unverzichtbar.

Das Schwyzer Initiativkomitee ersucht die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz BKZ um eine entsprechende Aussprache.

Irene Herzog-Feusi

Präsidentin des Initiativkomitees

Etzelstrasse 54, 8808 Pfäffikon, irhe@active.ch / www.gute-volksschule-schwyz.ch

Beilage: Recherche zu den Frühfremdsprachen-Studien Haenni Hoti, NFP-56, etc.
<http://gute-volksschule-schwyz.ch/data/documents/29-3-2016-Recherche-Fruehfremdsprachen.pdf>

BaZ, 29. März 2016

Ein Flop, den niemand sofort stoppen will

Trotz negativer Studien halten die Kantone an den zwei Fremdsprachen in der Primarschule fest

von Thomas Dähler

Liestal/Luzern/Zürich. Wer bei Lehrerinnen und Lehrern nachfragt oder sich bei Eltern umhört, hat es längst mit Gewissheit erfahren: Das Schweizer Fremdsprachensystem mit einer ersten Fremdsprache in der dritten Primarschulklasse und einer zweiten in der fünften Primarschulklasse ist ein Flop. Auch Studien und Tests belegen inzwischen, dass zwei Frühfremdsprachen in der Primarschule nicht zu den erhofften Zielen führen. Doch die Politik bleibt stur und will die Projekte nicht abbrechen. Die beiden Basel sind bis 2018 vertraglich an das Projekt Passepartout gebunden. Eine halbe Generation wird damit leben müssen, dass sie in der Schule als Versuchskaninchen für ein unausgereiftes Sprachenkonzept erhalten musste.

Der kürzlich ausgebrochene Konflikt um die Weiterbildung der Sekundarlehrerinnen und -lehrer im Baselbiet hat es bestätigt: Auch im Baselbiet, wo die ersten Frühfranzösisch-Geschädigten im Sommer in die Sekundarschule übertreten, hält die Bildungsdirektion an der obligatorischen Weiterbildung für Sekundarlehrkräfte fest und zementiert damit das Konzept der Frühfremdsprachen weiter: Die traditionelle Sekundarlehrerausbildung ist offenbar ungenügend, um Schülerinnen und Schüler mit vier Jahren Primarschul-Französisch zu übernehmen.

Rad lässt sich nicht zurückdrehen

«Ich kann das Rad nicht zurück-drehen», hatte Bildungsdirektorin Monica Gschwind schon im letzten Herbst ihr Bedauern über die offensichtlich ausweglose Situation ausgedrückt. So werden denn weiterhin hohe Summen für unergiebigere Sprachstunden, für unnötige Weiterbildungskurse und für teure neue Lehrmittel in ein falsches Sprachenkonzept investiert.

«Wer den Unterricht einer zweiten Fremdsprache aus der Primarschule verbannen will, kann dies mit Sicherheit nicht mit wissenschaftlicher Forschung begründen», lautete kürzlich das merkwürdige Fazit der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) aufgrund einer Studie der Danish Clearinghouse for Educational Research, eine Synthese von 43 internationalen Untersuchungen. Der erfahrene Sprachlehrer und landesweit bekannte Blogger Urs Kalberer hat jedoch aufgedeckt, dass das Fazit der EDK bloss der eigenen Rechtfertigung dient, befasst sich doch die dänische Studie vor allem mit den Auswirkungen des bilingualen Unterrichts auf weitere Fremdsprachen. Strittig sind in der Schweiz aber der Zeitpunkt des Fremdsprachenstarts und die zweite Frühfremdsprache. Zum frühen Beginn der zweiten Fremdsprache hält auch die dänische Studie fest: «Je älter die Schüler beim Start einer Drittsprache sind, desto besser scheiden sie in Leistungsprüfungen ab.»

Diesen Monat nun haben die Ergebnisse der Fremdsprachenevaluation aus sechs Innerschweizer Kantonen die Verdikte von Lehrkräften und Eltern bestätigt: Bei der ersten Fremdsprache ist der Erfolg bescheiden, bei der zweiten überhaupt nicht vorhanden. Die vom Institut für Mehrsprachigkeit der Universität Freiburg erstellte Studie zeigt Ernüchterndes auf. Beim Hören, Lesen, Schreiben und Sprechen der zweiten Fremdsprache – in der Innerschweiz Französisch – erreichen in der sechsten Klasse nur gerade mal 34 bis 54 Prozent der Schülerinnen und Schüler die

Ziele des Lehrplans. In der achten Klasse, wo die angehenden Gymnasiasten nicht in die Studie einbezogen wurden, sind es gar bedenklich tiefe 10 Prozent, die beim Sprechen und Hören die Lernziele erreichen; 30 bis 40 Prozent sind es beim Lesen und Schreiben. Das brutale Fazit: Die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler, die nicht aufs Gymnasium geht, wird nach der Schulzeit kein Französisch können, trotz frühem Fremdsprachenunterricht. Etwas besser ist es bei der ersten Fremdsprache, in der Innerschweiz Englisch. Dort erfüllen immerhin 60 bis 65 Prozent der Achtklässler beim Lesen und Schreiben die Ziele des Lehrplans.

Früher ist nicht besser

Die Studie der Universität Freiburg zur Innerschweiz bestätigt demnach, was das Kompetenzzentrum Linguistik der Universität Zürich schon 2014 herausgefunden hat: Früher ist nicht besser. Der frühe Fremdsprachenunterricht zahlt sich nicht aus, bilanziert die Studie von Prof. Simone Pfenninger. Die Frühfremdsprache wirkt sich sogar negativ auf die Erstsprache aus. Nachgewiesen hat Pfenninger, dass die guten Kenntnisse der Erstsprache (bei vielen die Muttersprache) entscheidend für die Fortschritte in den Fremdsprachen sind. Mit anderen Worten: Erst wer gut Deutsch spricht, lernt auch gut Englisch und Französisch. Das spricht klar gegen Frühfranzösisch oder Frühenglisch in der dritten Klasse. Das Fazit, das viele Bildungspolitiker nur ungern zur Kenntnis nehmen: «Aus dem frühkindlichen Fremdsprachenunterricht ergeben sich keine kurz- oder langfristigen Vorteile.»

Beide Schweizer Studien widersprechen den bisher von den Sprachdidaktikern vertretenen Thesen. Im vergangenen Frühling noch hatte Professorin Christine Le Pape von der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz der BaZ gesagt, entwicklungspsychologische Voraussetzungen sprächen für einen möglichst frühen Start mit einer Fremdsprache.

Die Realität ist anders

Doch die in Solothurn tätige Fachdidaktikerin ging von einer idealen Schulsituation aus: Französisch finde in den Primarschulen nicht nur in den zwei oder drei Lektionen der Stundentafel statt, meinte die Professorin, denn vorgesehen sei eine Mehrsprachendidaktik. In der Realität aber ist dies kaum irgendwo der Fall.

Die zurzeit vorliegenden Studien vermochten bisher keine Korrekturen einzuleiten. Auch in der Nordwestschweiz wird bis zum Ende des Projekts Passepartout 2018 nichts passieren. Daran ändern auch die Initiativen im Baselbiet nichts. Diese kommen zu spät.

<http://verlag.baz.ch/epaper/index.cfm?index=19&articleid=378475>

Zeit-Fragen, 29. März 2016

Appenzell Innerrhoden führt radikale Schulreformen nicht ein

zf. Die grosse Sorge um die Qualität des Schweizer Bildungswesens veranlasst immer mehr Bürger dazu, Wege zu suchen, wie der Lehrplan 21 verhindert werden kann. In 13 der 21 deutschsprachigen Kantone wurden daher Volksinitiativen lanciert, die von einem breiten Spektrum von Bürgern getragen werden – Lehrer, Eltern, Unternehmer, Politiker aller Parteien und andere mehr.

Dadurch kommt unaufhaltsam eine öffentliche bildungspolitische Diskussion in Gang, die auch für Mitglieder der kantonalen Regierungen wieder den Weg frei macht, eigenständige und sinnvolle Wege im Umgang mit unbrauchbaren Schulreformen wie dem Lehrplan 21 zu gehen.

Ein erstes herausragendes Beispiel stellen die «Zehn Thesen über die Schule» vom Walliser Erziehungsdirektor Oskar Freysinger dar. Diese Thesen verdienen Ausstrahlung auf die ganze Schweiz, obwohl sie vorerst eine Art bildungspolitische Präambel eines Lehrplans für den zweisprachigen Kanton darstellen. Der Erziehungsdirektor hat sich so geäussert, dass der Lehrplan 21 im Wallis nicht einfach übernommen werde; vielmehr suche man sich auf der Grundlage der Thesen das heraus, was man für sinnvoll und angepasst halte.

Einen ähnlich eigenständigen Weg geht nun auch Appenzell Innerrhoden. Im Sommer 2015 hatte dort Paul Bannwart eine Einzelinitiative eingereicht, die den Lehrplan 21 verhindern sollte. Doch die öffentliche Diskussion kam zunächst nicht in Fahrt. Sogar anlässlich der Entscheidung des Appenzeller Grossen Rates im November 2015, die Initiative gegen den Lehrplan 21 nicht zu unterstützen, kam keine breite inhaltliche Auseinandersetzung über die problematischen Aspekte des Reformwerks auf.

Erst wenige Wochen vor der Landsgemeinde, die am 24. April über die Initiative entscheiden sollte, gelingt es einigen besorgten Appenzellern doch noch, die Diskussion anzuregen – Broschüren werden versandt, Gespräche geführt und Veranstaltungen organisiert. Auch in den lokalen Medien erscheinen Artikel, die sich inhaltlich mit der Kritik am Lehrplan 21 befassen. Im Landsgemeindemandat – das ist die Botschaft für die Landsgemeinde – macht die Standeskommission bereits klar, dass der Kanton weiterhin an vielen bildungspolitischen Eigenheiten festhalten und keine übertriebenen Reformen aufgleisen werde.

Schliesslich sind es persönliche Gespräche mit dem Landammann und Erziehungsdirektor Roland Inauen, die den Durchbruch zu einer guten Lösung für alle eröffnen. Nach inhaltlich sehr weitreichenden Zusagen, zentrale Reformen des Lehrplans 21 im Kanton Appenzell Innerrhoden nicht umzusetzen, sondern nur moderate Anpassungen der Lernziele vorzunehmen, erklärt sich Paul Bannwart in der nebenstehenden Medienmitteilung bereit, die Initiative zurückzuziehen. Die entstehende öffentliche Diskussion um den Lehrplan 21 trägt Früchte, weil man an der Meinung der Betroffenen nicht vorbeikommt. Das macht Mut und gibt Hoffnung. •

Rückzug der Initiative «Für eine starke Volksschule»

Ich ziehe meine im letzten Sommer eingereichte Initiative «Für eine starke Volksschule» zurück, sofern dies zum jetzigen Zeitpunkt möglich ist. Mit der Initiative wollte ich vor allem die Einführung des Lehrplans 21 verhindern. Die Diskussionen, Veranstaltungen und die Gespräche mit den verschiedensten Exponenten gaben mir das Vertrauen, dass der neue Lehrplan pragmatisch, moderat und unter Berücksichtigung der Appenzeller Eigenheiten umgesetzt werden wird. Die für mich problematischen Aspekte haben sich relativiert.

Im Verlaufe der Zeit konnte ich feststellen, dass bei der vorgesehenen eigenständigen Umsetzung des neuen Lehrplans Kultur, Tradition und christliche Grundsätze in den Schulen weiterhin gebührend berücksichtigt werden.

Mir wurde auch versichert, dass für den Unterricht keine Absicht besteht, das selbstgesteuerte

oder individualisierte Lernen gegenüber anderen Methoden zu bevorzugen. Meine Befürchtung, dass die Schulzimmer in sogenannte Lernlandschaften umgestaltet werden müssen, in welchen die Schüler mit Hilfe des Computers oder anderer durch die Lehrperson bereitgestellter Mittel für sich alleine lernen sollen, stellte sich als unbegründet heraus. Die Lehrpersonen werden weiterhin für die Klassenführung verantwortlich sein. Eine Veränderung der Lehrerrolle in Richtung eines hauptsächlich begleitenden Coachs sei nicht vorgesehen.

Es zeigte sich auch, dass die Einführung des sogenannten altersdurchmischten Lernens (AdL) ebenfalls kein Thema für unsere Schulen ist. Sie werden weiterhin in Jahrgangsklassen oder – in den kleineren Schulgemeinden – in bewährten Mehrjahrgangsklassen geführt, beispielsweise erste und zweite Klasse zusammen. Eine Einführung der Basisstufe (Kindergarten und 1./2. Klasse zusammen) war zu keinem Zeitpunkt vorgesehen. Ebenso wird der Landsgemeindebeschluss von 2008 respektiert; das erste Kindergartenjahr wird freiwillig bleiben.

In der Fremdsprachenfrage hat sich der Kanton Appenzell Innerrhoden öffentlich klar positioniert. Laut Landammann und Erziehungsdirektor wird ohne Not nichts an dieser Strategie geändert: Auf der Primarstufe soll nur eine Fremdsprache unterrichtet werden, die zweite soll auf der Oberstufe folgen.

Dass sich der Kanton Appenzell Innerrhoden weiterhin zurückhaltend gegenüber jährlichen Standardtests auf eidgenössischer Ebene verhält, wurde von mir positiv aufgenommen.

Ich hoffe, mit den geführten offenen Diskussionen einen Beitrag für eine moderate Entwicklung unseres Bildungswesens geleistet zu haben, und danke für die konstruktiven Gespräche.

*Paul Bannwart, 24. März 2016
9050 Appenzell Steinegg*

20 Minuten, 30. März 2016

Auch gute Schüler müssen schon in die Nachhilfe

Eltern schicken ihre Kinder schon präventiv in den Nachhilfeunterricht – oder ziehen um. Bildungsexperten mahnen zu Zurückhaltung.

von D. Pomper

Zahlreiche Eltern suchen ihren Kindern einen Nachhilfelehrer. Normalerweise ist das der Fall, wenn der Sprössling in einem Fach eine ungenügende Note hat und Mühe mit Mathe oder Französisch bekundet. Die Rektorin der Kantonsschule Kollegium Schwyz stellt nun aber fest, dass es «zum Beispiel in Zürich die Tendenz gibt, dass mit dem Schuleintritt prophylaktisch Nachhilfe genommen wird». Das finde sie eine falsche Entwicklung, so Oetiker-Grossmann gegenüber dem «Boten der Urschweiz».

Sandro Principe von der Nachhilfe-Vermittlungsplattform Tutor24.ch bestätigt diesen Trend: «Bereits Viertklässler werden präventiv in den Nachhilfeunterricht geschickt, um Sie aufs Gymnasium vorzubereiten.» Seien die Kinder dann am Gymi, besuchten sie wieder prophylaktisch die Nachhilfe, um die Probezeit zu bestehen.

Grund für diese Entwicklung sei «das Versagen der staatlichen Schule», glaubt Principe. In vielen Klassen seien fremdsprachige Kinder in der Mehrheit. «An vernünftigen Deutschunterricht ist da nicht zu denken», sagt Principe. Auch wegen der höheren Anforderungen im späteren Arbeitsleben seien Eltern zunehmend dazu bereit, für die Bildung ihrer Kinder mehr auszugeben. Und das über alle sozialen Schichten hinweg.

Familien ziehen in den Aargau oder nach Deutschland

Es bestehe allerdings schon eine Korrelation zwischen der Höhe der Steuern und der Anzahl Nachhilfeschüler und Nachhilfelehrer. So führen die Kantone Schwyz, Zug und Zürich die Rangliste an. Über 50'000 Schüler – 60 Prozent davon Buben – und etwa genauso viele Lehrer sind schweizweit bei Tutor.24 registriert. Die Nachfrage steige jährlich um 30 Prozent.

Viele Eltern hätten aber gar keine Lust mehr auf den ganzen Zirkus und würden lieber einen Umzug in Kauf nehmen. Principe weiss von Familien, die von Zürich in den Aargau oder gar nach Deutschland ziehen: «Dort existieren weder Aufnahmeprüfungen fürs Gymnasium noch eine Probezeit.»

«Kinder brauchen keine Nachhilfe»

«Warum schickt man die Kinder nicht bereits im Kindergarten in den Nachhilfeunterricht», fragt Lilo Lätzsch, Präsidentin des Zürcher Lehrerverbandes, rhetorisch. Der präventive Nachhilfeunterricht sei die logische Konsequenz davon, dass Eltern nur «das Beste» für ihre Kinder wollten. Dabei verkennen sie, dass dann kaum mehr Zeit für Hobbys wie Musik oder Pfadi bleibe.

Dass das «schlechte» Schulsystem die Kinder in die Arme der Nachhilfelehrer treibe, glaubt Lätzsch nicht: «Im Kanton Zürich ist die Schule ein sehr erfolgreiches Modell. Die meisten Kinder erreichen die Lernziele.» Ausserdem sei erwiesen, dass ein Anteil von bis zu rund 30 Prozent Fremdsprachiger die Leistung der Kinder nicht mindere.

Bildungspolitiker Matthias Aebischer (SP) pflichtet bei: «Das Schulsystem ist so konzipiert, dass das Kind ohne Nachhilfeunterricht die Lernziele erreichen kann. Wenn das zwischenzeitlich einmal grad nicht möglich ist, bricht keine Welt zusammen. Die Kinder machen ihren Weg.» Er rät Eltern davon ab, zu viel Druck auszuüben, da dies bei den Kindern Frust auslösen könne. Statt stets das Maximum aus ihren Kindern herauszuholen, sollten Eltern auf das Gespür ihrer Kinder vertrauen. Das duale Bildungssystem der Schweiz lasse viele verschiedene Bildungswege zu: «Ein Kind, das am Gymi ist, ist nicht glücklicher, als eines, das eine Lehre macht.»

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/Auch-gute-Schueler-muessen-schon-in-die-Nachhilfe-29433361>

Infowilplus, 30.03.2016 (Auszug)

Bürger behalten das Heft in der Hand

Der Nachtrag zur Gemeindeordnung wurde an der Oberuzwiler Bürgerversammlung zurückgewiesen. An der Volkswahl des Schulpräsidenten wird nicht gerüttelt.

Josef Bischof

Es kam nicht ganz unerwartet. Der Nachtrag zur Gemeindeordnung hatte schon im Vorfeld viel zu reden gegeben. Der Gemeinderat wollte sich die Kompetenz geben lassen, den Schulrat in eine Bildungskommission umzufunktionieren und deren Präsidenten selber zu bestimmen. Einer Mehrheit der in der Mehrzweckhalle Breite versammelten 486 Oberuzwiler ging das zu weit. Gemäss ihrem Beschluss wird der Schulpräsident auch künftig an der Urne gewählt. Allerdings muss der Gemeinderat über die Bücher und einen neuen Nachtrag zur Gemeindeordnung ausarbeiten.

Es sei seine 25. und längste Bürgerversammlung gewesen, stellte Gemeindepräsident Cornel Egger fest, als er sie kurz vor halb elf Uhr schloss. Ausserdem wies sie einen Besucherrekord auf. 486 Bürgerinnen und Bürger waren in die Mehrzweckhalle Breite gekommen, 11,85 Prozent der Stimmberechtigten.

100 Tage im Amt

Im Zentrum des Interesses stand klar die neue Führungsstruktur der Schule. Roland Waltert blickte auf seine ersten 100 Tage als Schulratspräsident zurück. Dies geschah wohl auch, um der erwarteten Opposition gegen die vorgeschlagenen Neuerungen etwas den Wind aus den Segeln zu nehmen. Waltert machte es geschickt und sympathisch.

Er beteuerte glaubhaft, dass er die Aufgabe motiviert und engagiert angegangen habe. Er machte auch kein Hehl daraus, dass gewisse Entscheide aus der Vergangenheit Schwierigkeiten bereiteten. Das Tagesgeschäft sei umfangreich und die Zukunft der Schule erfordere einen vollen Einsatz. Als Stichworte erwähnte er das Informatikkonzept und den Lehrplan 21. Erfreut stellte er fest, dass das Thema Schule mobilisiere. Willkommen seien auch kritische Stimmen.

Gelebte Praxis?

Kritische Stimmen blieben denn auch nicht aus. Gemeindepräsident Cornel Egger wies darauf hin, dass der vorgelegte Nachtrag zur Gemeindeordnung lediglich festschreibe, was seit vier Jahren gelebte Praxis sei.

Diese Aussage blieb nicht unwidersprochen. Dass Schulrat und Bildungskommission identisch seien, wurde angezweifelt. Mehrere Votanten sahen die Kompetenzen des Schulrates beschnitten. Ein Redner listete gar in sieben Punkten auf, weshalb die Neufassung eine Schwächung der Schulbehörde darstelle.

Die «gelebte Praxis» sei unbefriedigend gewesen, weshalb ein Schulleiter und mehrere Lehrpersonen gekündigt hätten. Eine Schule lasse sich nicht mit einem wirtschaftlichen Betrieb vergleichen. Der Gemeinderat dürfe in schulischen Belangen nicht allein entscheiden. Sparen bei der Bildung könnte sonst eine mögliche Folge sein.

Auch wenn sowohl der Gemeindepräsident als auch der Schulpräsident entgegneten, dass Oberuzwil die grössten Investitionen gerade im Bildungswesen tätige, liess sich die Versammlung nicht umstimmen. Der Nachtrag zur Gemeindeordnung wurde an den Gemeinderat zurückgewiesen. Vorher hatte rund die Hälfte einem Antrag zugestimmt, der Leiter Volksschule sei dem Schulpräsidenten und nicht dem Gemeindepräsidenten zu unterstellen.

Volkswahl des Schulpräsidenten bleibt

Einen Punkt aus der Neuordnung hatte die Versammlung bereits vor der Rückweisung umgestossen. Das direktdemokratische Recht, den Schulpräsidenten selber zu wählen, liessen sich die Versammelten nicht nehmen. Es war zwar eine eher knappe Mehrheit, aber eine Mehrheit, die es nicht dem Gemeinderat überlassen will, den Schulratspräsidenten aus der Mitte der gewählten Gemeinderatsmitglieder selber zu bestimmen. ...

http://www.infowilplus.ch/ iu_write/artikel/2016/KW_13/Oberuzwil_Jonschwil/Artikel_23592/

Basler Zeitung, 30.03.2016

Erziehungsdirektoren rennen ins Fiasko

[Gastbeitrag](#) von Michael Pedrazzi (Vorstandsmitglied Starke Schule)

Die kürzlich erschienene wissenschaftliche Studie des Instituts für Mehrsprachigkeit (IfM) der Universität Freiburg sowie der Pädagogischen Hochschule Freiburg (<http://bildung-z.ch/volkschule/fremdsprachenevaluation-2016>) ist brisant. Sie unterlegt die flächendeckende Kritik in der Deutschschweiz an der neuen Bildungsideologie nun auch statistisch. Die Lernziele der Zürcher Primarschüler/-innen in den beiden Fremdsprachen werden von den meisten Lernenden deutlich verfehlt. Lediglich 3.4% der Kinder erreichen in Französisch die Lernziele in der Fertigkeit Sprechen und 8.7% beim Hören. Beim Schreiben und Lesen resultieren 37% und 30.7%.

Diese Resultate sind ernüchternd und müssen als schlecht bezeichnet werden. Dass die Lernziel-erreichung in Englisch lediglich knapp über 60% liegt, ist zwar besser, aber noch immer deutlich unbefriedigend und müsste auch den Bildungsphantasten dieser neuen Mehrsprachenideologie zu denken geben.

Französisch ist den Schüler/-innen als romanische Sprache naturgemäss fremder als eine germanische wie Englisch. So wird deutlich, dass Französisch umso dringender einen strukturierten Aufbau mit einer klaren Grammatik als Fundament bedingt. Den Spracherwerb mittels zwei oder drei Wochenlektionen einem Sprachbad gleichsetzen zu wollen, grenzt an Realitätsverlust oder Überheblichkeit. Mit einer solchen Beliebigkeitspädagogik auf der Primarstufe gleich zwei Fremdsprachen realisieren zu wollen, kann nicht zielführend sein und muss zwangsläufig in einem Fiasko enden. Der Schweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) sowie der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) müssten bei derart flächendeckendem Widerstand aus Fachkreisen und seitens vieler besorgter Eltern längst die Alarmglocken gebimmelt haben. Aber anstelle sich und ihren Reform-Irrsinn zu hinterfragen, werden selbst linke Kritiker mantrahhaft in eine rechts-konservative Ecke gedrängt. Kritik ist unerwünscht. Weder die verheerenden Rückmeldungen der Oberstufen aus den Kantonen Bern und Solothurn noch die soeben bekannt gewordene Studie der IfM vermag offenbar die Reformpolitiker vom Wunschgedanken abbringen, den alleinigen Stein der Weisen entdeckt zu haben. Auch andere wissenschaftlich fundierte Studien, wie z.B. diejenige von Simone Pfenninger von der Universität Zürich, werden konsequent ausgeblendet und ignoriert, ganz nach dem Motto: Es darf nicht wahr sein, was wahr ist. Was braucht es noch mehr, um aufzuzeigen, dass in diesem Land ideologisch geprägte Phantasten an den Schalthebeln der Bildung resp. den Schreibtischen der kantonalen Verwaltungen sitzen und im Begriff sind, ebendiese Bildung in Grund und Boden zu fahren? Wie viele Generationen an Schulkindern werden den Preis zahlen müssen für ihre ideologischen Experimente, die nicht ein einziges Mal wissenschaftlich erhärtet worden sind? Professionalität würde die Fähigkeit bedeuten, Fehler einzugestehen und sie korrigieren zu können. Anstelle dessen wird aus den Bildungsdirektionen lakonisch und gleichermassen hilflos verkündet, die Umwälzung einer Rückkehr zu Bewährtem wäre zu gross und es sei schon zu viel Geld reingebuttert worden. Diese Ausrede ist jämmerlich. Man bereitet auch nicht krampfhaft ein vergammeltes Rindsfilet zu – nur weil es teuer war.

<http://www.starke-schule-baselland.ch/Files/BAZ01-3003-020.pdf>

Tagblatt, 31. März 2016

SVP verzichtet auf Empfehlung

STEPHANIE SONDEREGGER

GONTEN. Auf die Ankündigung der Innerrhoder Standeskommission, die Initiative doch vor die Landsgemeinde zu bringen, reagierte Paul Bannwart am Dienstagabend an der Versammlung der SVP Appenzell Innerrhoden gelassen. «Ich werde für meine Initiative stimmen, kann aber gut damit leben, wenn sie abgelehnt wird», so der Initiant. Bei der Abstimmung zeichnet sich aber ein gegensätzliches Ergebnis der SVP ab: Sechs Mitglieder stimmen für die Initiative, vier dagegen. Elf Enthaltungen führen zu einem Verzicht auf eine Abstimmungsempfehlung.

Der Lehrplan 21 ist ein Thema, das bei der SVP Appenzell Innerrhoden Emotionen weckt. Doch Landammann Roland Inauen versucht die Parteimitglieder im Falle einer Ablehnung der Initiative «Für eine starke Volksschule» zu beruhigen. So versichert er den rund 20 anwesenden Parteimitgliedern, dass Appenzell Innerrhoden den Lehrplan 21 zwar umsetze, dies aber in einer moderaten Art und Weise geschehe. Das bedeutet: Weder Lernlandschaften noch altersdurchmisches Lernen oder eine Basisstufe halten Einzug in den Schulen Innerrhodens. «Wir setzen weiterhin auf gute Lehrerinnen und Lehrer. Das ist das Wichtigste für unsere Schulen», sagt Roland Inauen.

Unterschiedliche Meinungen

Die Verantwortlichen der Schulgemeinden sollen künftig mit grosser Sorgfalt Lehrpersonal einstellen und nach bestimmten Kriterien auswählen. «Das betrifft auch die Religion», so der Landammann. Die SVP-Mitglieder reagieren darauf zustimmend, aber auch kritisch. Die Frage, was passiere, wenn nur noch Lehrer mit einer Lehrplan-21-Ausbildung angestellt werden, eröffnet eine kurze Diskussion. «Wir haben Grundbedingungen, an die wir uns halten. Da ist es egal, welche Ausbildung das Lehrpersonal hat», sagt Inauen.

Die unterschiedlichen Meinungen zeigen sich später auch in der Abstimmung. Für Paul Bannwart ist das keine Überraschung. «Ich bin weiterhin der Meinung, dass der Lehrplan 21 nicht funktioniert.» In Australien sei ein ähnliches Konzept eingeführt worden, welches ebenfalls gescheitert sei.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/appenzellerland/appenzellerland/at-ap/SVP-verzichtet-auf-Empfehlung;art120091,4573051>

Appenzeller Volksfreund, 31.3.2016

...

An der Versammlung war ein gutes Einvernehmen zwischen dem Initianten und dem Erziehungsdirektor spürbar. Inauen bestätigte den erwähnten, veröffentlichten Text und brachte zum Ausdruck, dass die Umsetzung des Lehrplanes 21 mit dem nötigen Augenmass vorgenommen werde. Der kantonale Lehrplan wird die geforderten Grundsätze verfolgen. Die Frage, wie eine gute Schulbildung in Zukunft aussehen soll, wird wohl noch einigen Gesprächsstoff geben.

...

<http://zeitung.dav.ch/tagesaktualitaet.htm?detail&id=7175>

Tages-Anzeiger, 31.03.2016

Sprachenstreit provoziert Bundesrat

Thurgau treibt die Abschaffung des Frühfranzösisch voran. Auch andere Kantone erfüllen die Vorgaben des Bundes nicht. Alain Berset will dies nicht akzeptieren.

[Anja Burri](#)

Wenn die Thurgauer Bildungsdirektorin Monika Knill morgen in Frauenfeld vor die Medien tritt, interessiert das sogar die Romandie. Es geht nämlich nicht nur um die Thurgauer Umsetzung des Lehrplans 21, sondern auch «um den nationalen Zusammenhalt und die Achtung der Minderheiten», wie es der Walliser SP-Nationalrat Mathias Reynard formuliert.

Knill wird bekannt geben, ab wann die Thurgauer Schüler künftig Französisch lernen. Das wird nicht, wie vom Sprachenkompromiss der kantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) vorgegeben, in der [Primarschule](#) sein. Sondern erst ab der Sekundarstufe. So entschied es das Kantonsparlament. Zum Ausgleich werden die Thurgauer Sekundarschüler mehr Französischlektionen erhalten als Gleichaltrige in anderen Kantonen. Die Vorschläge gehen in eine Vernehmlassung und sollen im Herbst definitiv verabschiedet werden. Der «NZZ am Sonntag» sagte Knill, dass an der Fremdsprachenfrage nicht mehr gerüttelt werde.

Diese Entwicklung alarmiert Kulturminister Alain Berset. Er hat klargemacht, dass er es nicht akzeptieren werde, sollte ein Kanton seinen Primarschülern nur noch Englisch beibringen. Sein Argument: Das Erlernen einer zweiten Landessprache sei für den Zusammenhalt der Sprachgemeinschaften wichtig. Anfang März äusserte sich der Bundesrat letztmals zum Thema. «Der Bundesrat erwartet von den Kantonen, dass sie die gemeinsam beschlossene Sprachenstrategie von 2004 vollständig umsetzen», schrieb die Landesregierung als Antwort auf einen Vorstoss aus dem Parlament. Scheiterten die Harmonisierungsbemühungen der Kantone, werde der Bundesrat rasch handeln. Spätestens im Herbst, wenn die Thurgauer Regierung die Änderungen definitiv verabschiedet, dürfte es so weit sein.

«Welchen Zwang würde der Bund anwenden?»

Die Frage, wie der Bund in die Bildungshoheit der Kantone eingreifen soll, ist aber keine einfache und beschäftigt das Departement Berset bereits heute. Vor einem Jahr erarbeitete das Bundesamt für Kultur im Rahmen eines Berichts einen Vorschlag. Dieser will die Kantone via Sprachengesetz dazu verpflichten, ihren Primarschülern mindestens eine zweite Landessprache beizubringen. Im Wissen darum, wie heikel ein Eingriff wäre, bemüht sich Berset nach wie vor um eine Lösung mit den Kantonen. In einem Brief hat er die EDK um eine Einschätzung des erwähnten Berichts gebeten. Eine Antwort steht noch aus.

EDK-Präsident Christoph Eymann ist in einer schwierigen Situation. Der Sprachenkompromiss der EDK bleibe gültig, sagt er und räumt ein: «Wir haben keinerlei Durchsetzungsmöglichkeiten gegenüber den einzelnen Kantonen.» Eine Intervention des Bundes lehnt er ab – auch aus Furcht vor einer allfälligen Volksabstimmung. «Welchen Zwang würde der Bund anwenden?», fragt die Thurgauer Bildungsdirektorin Knill rhetorisch. Sollte der Bund derart in die Bildungshoheit der Kantone eingreifen, stellten sich grundlegende Fragen: «Wo ist der Föderalismus noch erwünscht im Bildungsbereich? Wo bleibt die gepriesene schweizerische Vielfalt?»

Diese besteht ohnehin. Der Thurgau ist nicht der erste Kanton, der den Sprachenkompromiss verletzt. Auf diesen hatte sich die EDK 2004 geeinigt. Seit der Volksabstimmung 2006 verpflichtet zudem der Bildungsartikel in der Verfassung die Kantone, die Dauer und die Ziele der Bildungsstufen einander anzugleichen. Trotzdem lernen die Schüler längst nicht überall ab der dritten Klasse die erste und ab der fünften Klasse die zweite Fremdsprache:

- In **Glarus** ist nur Englisch bis Ende Schulzeit für alle obligatorisch. Französisch können die Ober- und Realschüler abwählen. Das soll gemäss Regierung auch so bleiben.
- In **Appenzell Innerrhoden**, wo die Schüler erst ab der siebten Klasse Französisch lernen, denkt man nicht daran, dies zu ändern.
- In **Uri** lernen etwa 20 Prozent der Kinder ab der fünften Klasse Italienisch; die anderen kommen erst ab der siebten Klasse mit einer zweiten Landessprache in Kontakt.
- Im **Aargau** beginnt der Französischunterricht in der sechsten Klasse – eine Vorverlegung ist mit der Einführung des Lehrplans 21 ab 2020 angekündigt.
- In Kantonen wie **Zürich** oder **Luzern** sind Volksinitiativen für nur eine Fremdsprache in der Primarschule hängig.

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Sprachenstreit-provoziert-Bundesrat/story/27614903>

NZZ, 1.4.2016

Neuer Lehrplan im Thurgau

Streit um Frühfranzösisch geht in die nächste Runde

Alain Berset bereitet sich auf ein Eingreifen in den Sprachenstreit vor: Er erinnert daran, das Lernen der zweiten Landessprache müsse in der Primarschule beginnen. Thurgau ist dabei, auszuscheren.

von Andrea Kucera

Der Kanton Thurgau lässt sich auf ein Kräftemessen mit Innenminister Alain Berset ein: Er verbannt den Französischunterricht in die Oberstufe. Am Freitag schickte die Thurgauer Regierung [den neuen Lehrplan in die Vernehmlassung](#). Gemäss Vernehmlassungsentwurf sollen die Schulkinder im Ostschweizer Kanton ab Sommer 2018 erst ab Eintritt in die Sekundarstufe Französisch lernen und nicht wie bis anhin bereits ab der fünften Klasse. Stattdessen wird künftig Englisch als erste Fremdsprache erlernt.

Alain Bersets Drohfinger

Die Thurgauer Regierung setzt damit einen Entscheid des Kantonsparlaments aus dem Sommer 2014 um – à contrecœur, wie man anmerken muss. Sie hatte damals [eine Motion aus SVP-Kreisen](#), welche die Abschaffung des Frühfranzösisch verlangte, zur Ablehnung empfohlen. Der Grosse Rat stellte sich indes hinter die Gegner des Frühfranzösisch. In der Westschweiz löste dies einen [Sturm der Entrüstung](#) aus.

Problematisch ist der neue Thurgauer Lehrplan mit Blick auf den Kompromiss der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) aus dem Jahr 2004. Die Kantone sind gemäss Kompromiss angehalten, zwei Fremdsprachen in der Primarschule zu unterrichten. Weil die Kompetenz für die Erlassung neuer Lehrpläne bei den Kantonen liegt, gibt es indes bis anhin keine rechtliche Handhabe, gegen einen abweichenden Kanton vorzugehen. Das würde sich ändern, sollte Innenminister Alain Berset wie angedroht am Sprachengesetz zu schrauben beginnen. Das «Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften» schreibt im Artikel 15 vor, die Schüler müssten am Ende der obligatorischen Schulzeit über Kompetenzen in einer zweiten Landessprache sowie in einer weiteren Fremdsprache verfügen. Wiederholt hat Berset angekündigt, er sei bereit, das Sprachengesetz dahingehend abzuändern, dass das Erlernen einer zweiten Landessprache zwingend in der Primarschule beginnen muss. Der Bundesrat kann von seiner subsidiären Kompetenz Gebrauch machen und in die Bildungshoheit der Kantone eingreifen, sollten sich die Stände nicht einig werden. In einem Brief an die Adresse der EDK forderte der Innenminister die Kantone vor kurzem erneut dazu auf, den Kompromiss aus dem Jahr 2004 zu respektieren.

Rote Linie im Herbst erreicht

Die rote Linie ist für Berset überschritten, sobald ein Kanton das Frühfranzösisch definitiv abschafft. Ist dieser Punkt inzwischen erreicht? «Nein», sagt die Sprecherin des Eidgenössischen Departements des Innern, Ariane Geiser, auf Anfrage. Noch sei der neue Thurgauer Lehrplan nicht in Kraft. In der Tat läuft die Vernehmlassungsfrist bis Ende Juni. Danach wertet die Regierung die Reaktionen aus und erlässt den Lehrplan voraussichtlich im Herbst. Das Parlament kommt nicht mehr zu Wort, und auch der Referendumsweg ist ausgeschlossen.

<http://www.nzz.ch/schweiz/aktuelle-themen/lehrplan-21-thurgauer-will-kein-fruehfranzoesisch-ld.11004>

BZ, 01.04.2016

Bitte jetzt keine Debatte zum nationalen Zusammenhalt

Redaktor Christoph Aebischer zum Sprachenstreit in der Schweiz.

Was die Thurgauer Bildungsdirektorin [Monika Knill am Freitag den Medien vorgestellt hat](#), war kein Aprilscherz. Nun gilt's ernst: Der revidierte kantonale Lehrplan sieht vor, dass Primarschüler ab dem Sommer 2018 nur noch Englisch lernen und erst ab der Oberstufe zusätzlich Französisch. Der definitive Entscheid im Herbst dürfte Formsache sein. Bundesrat Alain Berset rasselt derweil bereits mit dem Säbel, um den Kanton zu stoppen.

Ist dieser kantonale Entscheid von solcher Tragweite, dass dafür eine schweizweite Debatte über den nationalen Zusammenhalt vom Zaun zu brechen wäre? Mit Verlaub, nein. Denn der Thurgauer Lehrplan hält sich ans geltende Gesetz. Das Sprachengesetz gibt vor, dass Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit in der zweiten Fremdsprache dasselbe Niveau erreichen wie in der ersten. Dank einem grösseren Effort ab der siebten Klasse sollte dieses Ziel im Thurgau auch künftig erreichbar sein.

Selbst wenn andere Kantone dem Thurgauer Beispiel folgen würden, wäre das nationale Parlament schlecht beraten, jetzt das Sprachengesetz zu verschärfen, wie dies Bundesrat Alain Berset vorhat. Der Sprachenkompromiss der Erziehungsdirektorenkonferenz von 2004, welcher die erste Fremdsprache ab der dritten und die zweite ab der fünften vorsieht, stand von Beginn weg unter einem schlechten Stern. Appenzell Innerrhoden hatte zum Beispiel nie vor, ihn umzusetzen.

Den Kompromiss nun per Gesetz durchzuboxen, könnte beträchtlichen Flurschaden hinterlassen. Denn auch das übergeordnete Ziel, die Harmonisierung der Volksschule, steht im Gegenwind. Der Lehrplan 21 wurde längst zum Spielball verschiedenster Interessengruppen. Dabei wollen die Schweizerinnen und Schweizer weniger Kantönlicheist in der Bildungslandschaft. Das haben sie 2006 mit dem überdeutlichen Ja zum Bildungsartikel eindrücklich demonstriert.

Statt des angepeilten Ausgleichs, droht aber immer mehr ein Scherbenhaufen. Hitzköpfe übernehmen das Kommando und die Interessen mobiler Eltern geraten unter die Räder. Umso mehr müsste die Politik sich darauf konzentrieren, der Bevölkerung zu erklären, dass komplett unterschiedliche Schulsysteme nicht mehr zeitgemäss sind.

Den Sprachenstreit zu einer Megadebatte zum nationalen Zusammenhalt hinaufzustilisieren, die zudem ziemlich sicher an der Urne entschieden würde, ist dagegen kontraproduktiv und wirbelt bloss eine Menge Staub auf. Alain Berset weiss natürlich, dass die Chancen auf einen Abstimmungserfolg intakt sind. Der Willensnation Schweiz würde er damit aber einen Bärenienst erweisen. Ebenso wie die Mehrsprachigkeit ist nämlich auch der Föderalismus Teil der Schweizer DNA.

<http://www.bernerzeitung.ch/schweiz/standard/bitte-jetzt-keine-debatte-zum-nationalen-zusammenhalt/story/12339357>

Mehr dazu:

Schule Schweiz, 1. April 2016

"Verständnis der Westschweiz gegenüber dem Thurgauer Entscheid"

In der Sendung "10 vor 10" des Fernsehens SRF kommentieren Simone Pfenninger und Peter Rothenbühler den Thurgauer Entscheid, das Französische aus der Primarschule zu streichen. Ausserdem zu Wort kommen die Erziehungsdirektoren der Kantone Freiburg und Thurgau.

[Kontroverse um Frühfranzösisch](#), 10 vor 10 SRF, 1.4.